



„Identitätspolitik - Zwischen Notwendigkeit und Problematik“

Identitätspolitik ist heftig umstritten. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die kollektive Identitäten zur Mobilisierung nutzen wollen. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass identitätspolitische Bewegungen Zugehörigkeit essentialisieren ähnlich wie die, gegen die sie sich richten. Für die Diskussionsveranstaltung hat das InZentIM zwei Gäste geladen, die sich differenziert zu Notwendigkeit und Problematik von Identitätspolitik geäußert haben. Geplant sind zwei kürzere Inputs, gefolgt von einer längeren Diskussion mit dem Publikum.

Silke van Dyk (Universität Jena):

„Identitätspolitik und ihre Kritikerinnen. Für einen rebellischen Universalismus“

Daniel James (Universität Düsseldorf):

„Wem gehört die Identitätspolitik? Zur Auseinandersetzung um einen umkämpften Begriff“

Termin:
01.02.2022

Uhrzeit:
16.15-17.45

Raum: LF 156
Campus Duisburg
sowie online

Anmeldung
per Email:

inzentim.info@uni-due.de

Identitätspolitik

Symposium des InZentIM – UDE

Silke van Dyk
(Universität Jena):

„Identitätspolitik und ihre Kritikerinnen. Für einen rebellischen Universalismus“

„Identitätspolitik“ ist zu einer allgegenwärtigen Chiffre für die Probleme der Linken und ihrer Verantwortung für den Erfolg der Neuen Rechten avanciert: Sie sei partikular und verstelle den Blick auf die großen Fragen der Zeit, akademisch-elitär und Komplizenhaft verschweist mit dem Neoliberalismus. Die Allgegenwart der Identitätspolitik im Modus der Kritik zielt dabei vor allem auf linke Identitätspolitiken, die Politik Neuer Sozialer Bewegungen und das Erbe von 1968. Wer ausgehend von den aktuellen Debatten zu unterscheiden versucht, was linke Identitätspolitik war und ist und was die zahlreichen aktuellen Kritiker*innen mit Identitätspolitik meinen, bewegt sich auf dünnem Eis. Ziel des Vortrags ist es, das emanzipatorische Kernanliegen der als Identitätspolitik kritisierten Positionen stark zu machen: Eine Politik der Antidiskriminierung und Herrschaftskritik, die Partei ergreift für alle, denen eine Existenz als Subjekt unter Gleichen verwehrt wird. Damit ist keine Glorifizierung jeglicher identitätspolitischer Praxis bezweckt; es soll vielmehr gezeigt werden, dass die aktuelle Delegitimierung von Identitätspolitik ihren Gegenstand so verfälscht, dass ein kritisches Lernen aus Erfolgen und Fehlern unmöglich gemacht wird. Das ist in Anbetracht des Erstarkens autoritärer Kräfte fatal, liegt doch im identitätspolitischen Erbe das Potenzial für einen rebellischen Universalismus, der auch für eine neue Klassenpolitik unverzichtbar ist.

Daniel James
(Universität Düsseldorf):

„Wem gehört die Identitätspolitik? Zur Auseinandersetzung um einen umkämpften Begriff“

‘Identitätspolitik’ besagt für verschiedene Leute verschiedener politischer Couleur verschiedene Dinge: Für die einen bezeichnet dieser Ausdruck die angemessene politische Antwort auf die andauernde Marginalisierung und Unterdrückung bestimmter sozialer Gruppen in liberalen Demokratien; für andere wiederum verschiedenste Übel, die sie in zeitgenössischer, vor allem (aber nicht allein) linker Politik auszumachen glauben. Gerade weil Identitätspolitik eine so lose und vielfältige Ansammlung politischer Projekte auf Grundlage marginalisierter Identitäten umfasst, die verschiedene Ziele und Strategien verfolgen – und damit auch verschiedene Arten der Reaktion provozieren, – ist schon der Begriff der Identitätspolitik umkämpft. Umkämpfte Begriffe wie Demokratie, Macht oder eben Identitätspolitik zeichnen sich dadurch aus, dass es verschiedene Auffassungen derselben gibt, die selbst Gegenstand – oft erbitterter – Auseinandersetzung sein können. Dass verschiedene Auffassungen eines Begriffs Gegenstand der Auseinandersetzung sind, muss allerdings nicht bedeuten, dass die an ihr beteiligten Parteien aneinander vorbeireden. Denn wir können eine solche Auseinandersetzung auch so verstehen, dass es in ihr nicht lediglich um etwa die Tatsachenfrage geht, was für schädliche oder förderliche Wirkungen die Identitätspolitik zeitigt, sondern vielmehr um die Auffassungsfrage, wie wir den Ausdruck ‚Identitätspolitik‘ verwenden sollten. Wie eine solche Auseinandersetzung ausgeht, ist, sofern die an ihr beteiligten Parteien nicht interesselos sind, schließlich auch eine Machtfrage: Wer vermag zu bestimmen, wie wir den Begriff der Identitätspolitik auffassen sollten – und damit auch die eigenen Interessen durchzusetzen? Unter Rückgriff auf neuere philosophische Theorien umkämpfter Begriffe und des ‚Streits um Worte‘ möchte in diesem Vortrag anhand des Beispiels der jüngsten Auseinandersetzung im deutschsprachigen Raum aufzeigen, wie sich in ihr Tatsachen-, Auffassungs- und Machtfragen unterscheiden lassen.